

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 213-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.867

Eingereicht am: 07.09.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Müller (Orvin, SVP) (Sprecher/in)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein

RRB-Nr.: vom
Direktion: Gesundheits- und Fürsorgedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Mehr Handlungsspielraum für stark belastete Gemeinden bei der Integration von Kindern und Jugendlichen

Es ist bekannt, dass bei Kindern und Jugendlichen die Wahrscheinlichkeit einer sogenannten Sozialhilfekarriere stark erhöht ist, wenn diese in Familien aufwachsen, in denen die Eltern bereits selber in der Sozialhilfe sind. Die Folgekosten dieses Phänomens für die öffentliche Hand sind entsprechend enorm. Das Interesse der Gesellschaft muss deshalb hoch sein, alles zu unternehmen, um möglichst frühzeitig alles zu unternehmen, um die soziale und wirtschaftliche Integration von Kindern und Jugendlichen frühzeitig anzugehen.

Der im August 2015 veröffentlichte Kennzahlenvergleich zur Sozialhilfe in Schweizer Städten (www.staedteinitiative.ch) zeigt, dass diesbezüglich der Kanton Bern schlecht abschneidet. Die Stadt Bern weist mit einem Anteil von 11,9 % von Kindern und Jugendlichen zwischen 0 und 17 Jahren schweizweit den dritthöchsten Anteil aus. Besonders betroffen sind sodann die Stadt Biel sowie die gesamte Region um den Jurasüdfuss (s. auch S. 26 des Berichts). Die Stadt Biel weist einen schweizweit einmaligen Anteil der betroffenen Altersgruppe aus von über 22 % aus. Die finanziellen Folgen, die diese Struktur für die Sozialhilfekosten der Zukunft haben wird, können leicht abgeschätzt werden.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Weshalb präsentiert sich die Situation im Kanton Bern bezüglich des Anteils von 0- bis 17-Jährigen in der Sozialhilfe offenbar generell schlechter als in anderen Kantonen?
2. Welche Massnahmen hat die Regierung in den letzten 5 Jahren beschlossen, um die Wahrscheinlichkeit der sogenannten Sozialhilfekarriere von Jugendlichen zu reduzieren?
3. Welche zusätzlichen Massnahmen wären sinnvoll, um die Wahrscheinlichkeit der sogenannten Sozialhilfekarriere von Jugendlichen weiter zu reduzieren?
4. Welche dieser Massnahmen empfiehlt die Regierung
 - a) zur vertieften Evaluation
 - b) zur Umsetzung
 - c) zu verwerfenund mit welcher Begründung?
5. Welche spezifischen Massnahmen könnte sich die Regierung vorstellen, um die stark akzentuierte Situation in Biel und am Jurasüdfuss verstärk zu verbessern?
6. Was könnte die Regierung unternehmen, um die Aktivitäten von Freiwilligen-Netzwerken verstärk zu unterstützen und zu fördern?

Begründung der Dringlichkeit: Die Vorbereitungen zur Revision des Sozialhilfegesetzes sind bereits weit fortgeschritten. Es gilt, das vorliegende Anliegen dabei mit zu berücksichtigen.

Verteiler

- Wählen Sie ein Element aus
- Grosser Rat